

Antrag 23/I/2026

UBV HVL

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

Integration als gesamtstaatliche Aufgabe bündeln – Zuständigkeiten klären, Verfahren beschleunigen, Teilhabe sichern

1 Die SPD Brandenburg bekennt
2 sich zu einer Integrationspoli-
3 tik, die sprachliche, berufliche
4 und gesellschaftliche Integration
5 als zusammenhängende staatli-
6 che Kernaufgabe begreift. Inte-
7 gration ist eine gesamtstaatliche
8 Aufgabe.

9 Der Bund wird aufgefordert,
10 die bundesgesetzlichen Zustän-
11 digkeiten zu reformieren. Dazu
12 gehören, dass:

13 Aufenthaltsrecht, Arbeitsmarkt-
14 zugang, Integrationskurse und
15 Anerkennungsverfahren syste-
16 matisch aufeinander abgestimmt
17 werden, Doppelstrukturen zwi-
18 schen Bundesbehörden, Ländern
19 und Kommunen abgebaut wer-
20 den und bundeseinheitliche
21 Verfahrensstandards eingeführt
22 werden.

23 Der Bund soll die Zuständigkei-
24 ten für Integrationspolitik insbe-
25 sondere zwischen:

26 • dem Bundesministerium
27 des Innern,

bitte an Antragsteller, diese For-
derung nicht auf die aktuelle Leg-
Periode Bund zu beziehen, son-
dern auf die Zukunft
dann Annahme und Konsens

28 • dem Bundesministerium
29 für Arbeit und Soziales,
30 • dem Bundesministerium
31 für Bildung, Familie, Senio-
32 ren, Frauen und Jugend,
33 in einem Integrationsministerium
34 zusammenführen.

35 Integrationsleistungen des Bun-
36 des – insbesondere Sprach- und
37 Integrationskurse – müssen:

- 38 • ausreichend finanziert,
- 39 • flächendeckend verfügbar,
- 40 • qualitativ gesichert,
- 41 • schneller zugänglich sein.

42 Der Bund wird aufgefordert, die
43 Anerkennung ausländischer Be-
44 rufsabschlüsse zu beschleunigen
45 und zu entbürokratisieren.

46 Bund und Länder sollen eine ver-
47 bindliche Finanzierungsvereinba-
48 rung treffen, die Kommunen dau-
49 erhaft und planbar bei Integrati-
50 onsaufgaben unterstützt.

51

52 **Begründung**

53 Integration entscheidet über so-
54 zialen Zusammenhalt, wirtschaft-
55 liche Leistungsfähigkeit und die
56 Stabilität unserer Demokratie. Sie
57 gelingt nur, wenn sprachliche,
58 berufliche und gesellschaftliche
59 Teilhabe von Beginn an zusam-
60 mencedacht werden.

61 Derzeit ist Integrationspolitik

62 jedoch strukturell zersplittert.
63 Aufenthaltsrecht, Integrations-
64 kurse, Arbeitsmarktzugang,
65 Anerkennung ausländischer
66 Abschlüsse sowie Bildungs- und
67 Familienleistungen liegen in
68 unterschiedlichen Ressorts und
69 Verwaltungsebenen. Zwischen
70 Bund, Ländern und Kommunen
71 bestehen parallele Zuständigkei-
72 ten, unterschiedliche Verfahren
73 und teils widersprüchliche Steue-
74 rungslogiken. Das führt zu:

75

- 76 • langen Verfahrensdauern,
- 77 • unklaren Verantwortlichkei-
78 ten,
- 79 • unnötigen Doppelstruktu-
80 ren,
- 81 • Frustration bei Betroffenen,
82 Wirtschaft und Kommunen.

83

84 Integration wird dadurch verlang-
85 samt – obwohl gerade Zeit ein
86 entscheidender Faktor ist. Wer
87 schnell Deutsch lernt, frühzeitig
88 arbeiten darf und zeitnah eine
89 Anerkennung des eigenen Ab-
90 schlusses erhält, integriert sich
91 nachhaltiger und eigenständiger.
92 Verzögerungen hingegen erhö-
93 hen Abhängigkeiten, Kosten und
94 gesellschaftliche Spannungen.

95 Eine sozialdemokratische Ant-

96 wort darauf ist keine Symbolpoli-
97 tik, sondern Strukturreform.

98 Der Bund trägt die zentrale ge-
99 setzgeberische Verantwortung
100 für Aufenthaltsrecht, Integrati-
101 onskurse, Arbeitsmarktzugang
102 und Anerkennungsverfahren.
103 Deshalb muss er diese Kom-
104 petenzen stärker bündeln und
105 kohärent steuern. Die Zusam-
106 menführung der integrations-
107 relevanten Zuständigkeiten in
108 einem eigenständigen Integrati-
109 onsministerium würde:

110

- 111 • politische Verantwortung
112 klar zuordnen,
- 113 • Zielkonflikte zwischen
114 Sicherheits-, Arbeitsmarkt-
115 und Bildungspolitik auflö-
116 sen,
- 117 • strategische Steuerung er-
118 möglichen,
- 119 • Integrationspolitik aus der
120 Logik von Einzelzuständig-
121 keiten herauslösen.

122

123 Ebenso notwendig sind bun-
124 deseinheitliche Verfahrens-
125 standards, digitale Prozesse und
126 verbindliche Bearbeitungsfristen.
127 Moderne Verwaltungsstrukturen
128 sind kein technisches Detail,
129 sondern Voraussetzung für einen

130 handlungsfähigen Staat.

131 Gleichzeitig dürfen Länder und
132 Kommunen mit den prakti-
133 schen Integrationsaufgaben
134 nicht allein gelassen werden.
135 Sprachförderung, Schulsozialar-
136 beit, Unterbringung und lokale
137 Integrationsarbeit finden vor Ort
138 statt. Sie brauchen dauerhafte,
139 planbare und auskömmliche Fi-
140 nanzierung – keine kurzfristigen
141 Förderkulissen.

142 Integration ist kein Nebenfeld
143 staatlichen Handelns.

144 Sie ist eine Querschnittsaufga-
145 be mit Auswirkungen auf Arbeits-
146 markt, Bildung, Sicherheit und so-
147 zialen Frieden.

148 Wer Integration beschleunigt,
149 stärkt Fachkräftesicherung, ge-
150 sellschaftliche Stabilität und
151 wirtschaftliche Leistungsfähig-
152 keit.

153 Wer Zuständigkeiten klärt, stärkt
154 den Staat.

155 Wer Verfahren modernisiert,
156 schafft Akzeptanz.

157 Integration ist eine gesamtstaat-
158 liche Verantwortung – und sie
159 muss endlich auch so organisiert
160 werden.